

Hannes Androsch

Kritische Anmerkungen zur österreichischen Bildungspolitik

Sehr geehrter Herr Botschafter, meine Damen und Herren,

die Einladung zu diesem Vortrag habe ich sehr gerne angenommen, weil das Thema Bildung weltweit zu einem der wichtigsten Themen unserer Zeit mit weitreichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen für die Zukunft geworden ist.

Interessanterweise gibt es für Bildung trotz dieser universellen Bedeutung keinen einheitlichen sprachlichen Begriff. So findet unser Wortverständnis, um ein Beispiel herauszugreifen, mit „éducation“ im Französischen oder „education“ im Englischen nur eine partielle Entsprechung.

Unser Begriffsbild von „Bildung“, dessen sprachliche Wurzeln im althochdeutschen Wort bildunga (Schöpfung, Bildnis) liegen, geht auf die Schriften des mittelalterlichen Theologen und Philosophen Meister Eckhart zurück. Dieser verband damit die Zielsetzung des Bestrebens des christlichen Menschen, ein gottgefälliges Selbstbild zu erreichen. Daraus entwickelte sich das über das Religiöse hinausgehende allgemeine Bestreben nach „sich bilden“ und „gebildet sein“. Die theoretische Basis dafür legte Wilhelm von Humboldt mit seiner vor mehr als 200 Jahren entwickelten „Theorie der Bildung des Menschen“. Das Humboldtsche Bildungsideal orientierte sich an der Klassischen Antike und dem Humanismus. Der darauf begründete Bildungskanon prägt bis heute zu einem nicht unerheblichen Maß unser schulisches Curriculum und gilt nach wie vor als Grundpfeiler für eine breite Allgemeinbildung. An der Fragestellung, welche Inhalte ein moderner Bildungskanon enthalten soll, entzündeten sich immer wieder heftige Debatten. Angesichts der rasanten Zunahme des Wissensstands vor allem im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich und den damit einhergehenden raschen Veränderungen in den Lebenswelten scheint dies ein fast unlösbares Unterfangen zu sein. Dennoch wird man sich dieser komplexen Aufgabe nicht verweigern können. Deren inhaltliche Ausformung wird eine stetige Herausforderung bleiben – auch in diesem Punkt weiß ich mich einer Meinung mit Richard David Precht, der bei diesem Kongreß erfreulicherweise den Schlußvortrag halten wird. Pessimisten pflegen die Zielsetzung mit ironischem Verweis auf die von Adorno begründete Theorie der Halbbildung und die von Konrad Paul Liessmann angeprangerte Theorie der Unbildung zu konterkarieren. Angesichts der Bedeutung von Wissen und Bildung darf eine solche Haltung wohl als konstruktiv-ironischer Beitrag zur Bildungsdebatte, keinesfalls aber als resignative Bankrotterklärung gewertet werden.

Der moderne Bildungsbegriff steht für einen lebensbegleitenden Entwicklungsprozess des Menschen, in dem der Einzelne seine geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten einschließlich der sozialen Kompetenzen ständig erweitert. Diesen Anforderungen bestmöglich Rechnung zu tragen ist Kernaufgabe einer modernen Bildungspolitik. Dabei kommt sowohl den Naturwissenschaften als auch den Geisteswissenschaften eine bedeutsame Rolle zu. Wer innovativ sein, also etwas Neues verwirklichen will, muss in der Lage sein, auch eine Vorstellung von der Zukunft zu haben. Dies ist aber nur möglich, wenn man auch eine Vorstellung von der Vergangenheit hat. Das dafür notwendige Bewußtsein schaffen die Geisteswissenschaften. Die wichtigen Fähigkeiten, die uns die Geisteswissenschaften lehren, ist etwas zu interpretieren, etwas einen Sinn zu geben und mit den Informationen umzugehen, mit denen wir bombardiert werden. Die Fähigkeit, die Welt zu analysieren, ist entscheidend, um die Welt zu verbessern. Daher schließen die Natur- und die Geisteswissenschaften einander nicht aus, sondern bedingen einander.

Wissen ist der größte Treiber für Fortschritt und damit für die Zunahme an Lebensannehmlichkeiten, Wohlstand, Wohlfahrt und steigende Lebensqualität für immer breitere Bevölkerungsschichten. Zum Beweis dafür steht die knapp zehntausendjährige Zivilisationsgeschichte der Menschheit, die sich auch wie eine Kette immer schneller aufeinander folgender Innovationen lesen lässt, wobei diesen, von Neugierde und Wissensdurst abgesehen, in der Regel sehr praktische Motivationen zugrunde lagen: Erleichterungen bei der Bewältigung der Mühen und Erschwernisse des Alltags.

Warum es gerade in Europa zu einem wissenschaftlichen Aufbruch und der industriellen Revolution kam, was in die „great divergence“, also die besondere Entwicklung und den Aufstieg des Westens mündete, ist eines der Enigma der Weltgeschichte. Die Erklärungsversuche dafür sind mannigfaltig. Sicherlich haben dabei die Wiederentdeckung der Antike in der Renaissance und damit auch der Rationalität und der Mathematik ebenso eine bahnbrechende Rolle gespielt wie das Bestreben, die Gesetze der Natur systematisch zu ergründen. Die Kultur der Rivalität, die mit dem vielfältig gegliederten Europa einherging, mag dies zusätzlich begünstigt haben.

Der Sonderweg Europas steht auch mit der Erfindung des Buchdrucks von Johann Gutenberg und der damit ausgelösten Bildungsrevolution in einem nicht zu unterschätzenden Entwicklungszusammenhang. Im Zuge des technischen Fortschritts und einer zunehmend arbeitsteiligen Gesellschaft wurden immer mehr des Lesens und des Rechnens kundige Menschen benötigt, was schließlich zur Einführung der allgemeinen Schulpflicht führte. Diese wurde erstmals im calvinistischen Herzogtum Pfalz-Zweibrücken Ende des 16. Jahrhunderts umgesetzt. 1717 wurde die allgemeine Schulpflicht im protestantischen Preußen und „mit fortschrittlichem Mut“ sechzig Jahre später, 1774, durch Maria Theresia in Österreich angeordnet. Ein gewisser Hang zur Rückständigkeit war für unser Land schon damals symptomatisch.

Wenn man sich die Bedeutung von Wissen und Bildung im industriellen Zeitalter vor Augen führt, dann kann man ermessen, welcher eminenten Zugewinn an Bedeutung damit in Zukunft verbunden sein wird, stehen wir doch erst am Beginn der Entwicklung zur globalen Wissensgesellschaft und am Anfang der digitalen Revolution. Der damit einhergehende Wandel wird durch den Ersatz von rauchenden Schloten durch rauchende Köpfe, den vorrangigen Einsatz von Brainpower statt Workpower sowie die Gleichsetzung von Bildung als Humus und von Forschung als Sauerstoff für Wirtschaft und Gesellschaft versinnbildlicht.

Bildung ist Zukunft. Daher wird Bildung nicht nur für jeden einzelnen Menschen, sondern auch für jeden einzelnen Staat immer entscheidender. In der dynamischen Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts werden die einzelnen Volkswirtschaften ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Prosperität nur auf dem Weg wissensbasierter höherer Qualifikation aufrecht halten können.

Umso problematischer ist daher zu werten, wenn in einem Land das Bildungsniveau abzufallen und hinter der internationalen Entwicklung herzuhinken beginnt, wie dies in Österreich zu beobachten ist. Unser Land droht seine Zukunft leichtfertig zu verspielen, wenn es in Sachen Bildung im internationalen Vergleich weiter an Boden verliert, wie die OECD seit geraumer Zeit bemängelt und es die PISA-Studien an den Tag bringen. Selbst wenn man letztere Studie nicht überschätzen soll, so sind die Ergebnisse dennoch ein wichtiger Indikator für bestehende Schwächen. In der ersten PISA-Studie hat Österreich sehr schlecht abgeschnitten, ebenso Deutschland. Inzwischen liegt die fünfte PISA-Studie vor. Während dieses Zeitraums hat sich Deutschland ins Mittelfeld hochgearbeitet. Unser Land aber hat sich noch weiter verschlechtert. Im 2012 präsentierten Bericht ist nachzulesen, dass sich so gut wie keine Bereiche ausmachen lassen, in denen seit der ersten PISA-Testung im Jahre 2000 eine Veränderung zum Positiven stattgefunden hätte. Besonderes Alarmzeichen ist, dass jeder vierte 15-Jährige nicht sinnerfassend lesen kann.

Dieses prekäre Ergebnis beruht keinesfalls an einem Mangel an zur Verfügung stehenden Geldmitteln. Im internationalen Durchschnitt wenden die entwickelten Länder 6,3 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) für Bildung auf. In Österreich beträgt die Vergleichsrate 5,4 und in Deutschland 5,3 Prozent. So bemessen kommt unser Land nicht schlecht zu liegen. Allerdings mit dem Pferdefuß, dass nur rund die Hälfte der Gelder, die in Österreich für Bildung ausgegeben werden, auch tatsächlich im Unterricht ankommen. Lässt man die Privatschulen, die inzwischen von etwa zehn Prozent der österreichischen Schülerschaft besucht werden, außen vor, so stehen laut Statistik für nicht ganz eine Million Schüler, die öffentliche Schulen besuchen, 120.000 Lehrer zur Verfügung. Allerdings trifft man einen wesentlichen Teil dieser Lehrerschaft nicht in den Schulen, sondern in einem aufwändigen, parallel, über-, unter- und nebengeordneten Schulorganisationssystem an, das Unsummen verschlingt. Alleine durch eine Verschlinkung der

Verwaltungsstrukturen stünden erhebliche Mittel für die Modernisierung des Bildungssystems und der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus zur Verfügung.

Als universelle Basisbildung ist sicherzustellen, dass jeder junge Mensch nach dem Schulbesuch kompetent lesen, schreiben und rechnen kann und auch etwas über die Welt weiß. Sowohl bei Bildung wie Ausbildung geht es um das Erwerben von mentalen Kompetenzen, die dazu befähigen, das eigene Leben aktiv zu gestalten, gesund zu leben, die politischen Verhältnisse kritisch zu betrachten, weil eine moderne Demokratie eine kritische Masse gebildeter Menschen braucht und einen guten Job zu bekommen. Gerade mit letzterem Bezug ist wichtig, dass dabei den MINT-Fächern, also den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik eine größerer Stellenwert eingeräumt wird, weil mit diesen Zukunftsfächern ein großes Beschäftigungspotential einhergeht. Hier besteht enormer bildungspolitischer Handlungsbedarf, ist doch die steigende Nachfrage nach entsprechend ausgebildeten Arbeitskräften schon jetzt bei weitem höher als das Angebot am Arbeitsmarkt, der sich zudem immer mehr globalisiert. Um die besten Köpfe ist nicht nur an Universitäten und Forschungseinrichtungen, sondern auch in Unternehmen ein internationaler Wettbewerb entbrannt.

Eine umfassende Bildungsreform muss auch die heimischen Universitäten einbeziehen, wo vieles im Argen liegt. Die Ursache dafür liegt häufig in der heillosen Unterfinanzierung und der damit einhergehenden mangelhaften Ausstattung begründet. Österreich hat doppelt so viele Universitäten wie die Schweiz, liegt aber im Ranking weit hinter dem Nachbarstaat. Dies liegt nicht nur an der besseren finanziellen Ausstattung, die in der Schweiz doppelt so hoch ist, sondern auch an einem weit besseren Betreuungsverhältnis der Studenten durch Professoren.

Die österreichischen Universitäten gehören auf gesunde finanzielle Beine gestellt, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Die Debatte darüber muss ideologiefrei geführt werden, im speziellen die Auseinandersetzung über die Einführung von Studiengebühren. Bei Fachhochschulen werden Studiengebühren akzeptiert, bei Universitäten nicht. Wenn man dort ebenfalls Studiengebühren einführen möchte, wofür eine Reihe von Argumenten sprechen, dann müsste diese Maßnahme gleichzeitig mit einer Studienförderung unterlegt werden, für deren Inanspruchnahme neben sozialen Aspekten auch Leistungsnachweise zu erbringen sind. Parallel dazu ist sicherzustellen, dass die Universitäten auch ein hinreichendes Leistungsangebot anbieten.

Bildung wird zunehmend zu einer internationalen Währung. Universitäten und Forschungsinstitute suchen weltweit nach den besten Professoren und Studenten, Arbeitgeber nach höchst qualifizierten Mitarbeitern. Wir müssen unser Land daher mit aller Kraft zu einem erstklassigen Bildungs- und Wissensstandort ausbauen. Bildung gilt längst als wichtigster Rohstoff eines Landes.

Bereits die frühen Proletarier zu Beginn des Industriezeitalters haben die Bedeutung von Bildung für die Verbesserung ihres persönlichen Lebens und ihrer Kinder- und Kindeskiner erkannt, wie im programmatischen Verlangen „Bildung macht frei“ zum Aus-

druck kommt. Im Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde festgeschrieben: „Jeder hat das Recht auf Bildung.“

Heutzutage liegt mehr denn je auf der Hand, dass Bildung und somit vor allem auch das rechtzeitige Erkennen und die Förderung von Talenten für eine Gesellschaft und eine Volkswirtschaft von immer größer werdender Bedeutung sind. Franz Küberl, der vor kurzem aus dem Amt des Präsidenten der Caritas geschieden ist, hat immer wieder zu Recht darauf hingewiesen, dass Bildung gleichzeitig Armutsprävention ist. 8.000 junge Menschen erfahren in Österreich keine Ausbildung. Ihr Weg in die Sozialhilfe oder in die gesellschaftlich teuerste Privatschule, das Gefängnis, ist damit leider allzu oft vorgezeichnet. Bildung ist elementare Voraussetzung dafür, dass junge Menschen einen selbstbestimmten Lebensweg erfolgreich beschreiten können. Hier liegen die Wurzeln für das berufliche Fortkommen jedes einzelnen und in Summe für die Wettbewerbs- und Zukunftsstärke einer Volkswirtschaft, die wiederum Voraussetzung für eine hohe Beschäftigung, Wohlstand und Wohlfahrt, eine lebenswerten Umwelt und in Summe hoher Lebensqualität ist.

Österreich leidet seit Jahrzehnten an einem veralterten und verkrusteten Bildungssystem. Die notwendigen Reformen scheiterten bislang an einer Machtmauer der Ignoranz bestimmter Interessengruppen, die mit der Verteidigung des bestehenden System ihre Privilegien in Beton gießen möchten. Die Interessen der Schüler und Eltern bleiben dabei außen vor. Dies gilt auch gegenüber der Wirtschaft, die immer lauter Klagen über immer gravierender werdende Mängel beim Ausbildungsvermögen von Schulabgängern führt, weil diese häufig die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen nicht mehr ausreichend beherrschen. Betriebe geben inzwischen Millionen Euro für die Nachhilfe für Pflichtschulabsolventen aus, damit 15 – 16-Jährige lehrfähig werden und eine Berufsschule besuchen können.

Diese Entwicklung bedeutet nicht, dass die Schüler in früheren Zeiten besser gewesen wären, sondern besagt, dass das Anforderungsprofil höher geworden ist. Diese Entwicklung hat alle Lebensbereiche erfasst. Auch ein Fußballer muss heute nicht nur schneller laufen – 1954 rannte ein Spieler bei einem WM-Spiel rund 4 km, heute bis zu 14 km, also rund 3,5 mal mehr als vor 60 Jahren –, sondern auch schneller denken und rascher reagieren.

Der in unserem Land vorherrschende Stillstand und die dadurch bewirkte Zukunftvergessenheit zu Lasten der Zukunft der nächsten Generationen hat mich in meinem Selbstverständnis als Citoyen gemeinsam mit Gleichgesinnten veranlasst, das überparteiliche Bildungsvolksbegehren zu initiieren. Dabei kam es rasch zur Unterstützung zahlreicher Proponenten aus Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch aus dem gesamten Bildungsbogen von vorschulischen Einrichtungen über alle Schulformen bis hin zu den Universitäten und der Erwachsenenbildung. Gemeinsam haben wir es uns zum Ziel gemacht, öffentlich Druck zu erzeugen, um auf diesem Weg einen Anstoß für die überfälligen Reformen im Land zu geben. Das direktdemokratische Instrument eines Volks-

begehrens wurde gewählt, weil wir uns mit unseren Anliegen einer breiten öffentlichen Legitimation versichern wollten. Der dadurch erzeugte öffentliche Druck sollte bewirken, dass die Mauern der Bildungs-Blockadepolitik, die einigen wenigen zur Absicherung von überkommenen Privilegien dienlich ist, zum Bröckeln und schließlich zum Einsturz gebracht werden.

Die Initiative des parteiunabhängigen Bildungsvolksbegehrens wurde von manchen zunächst belächelt und ein schwaches Ergebnis vorhergesagt, ja, man verstieg sich sogar, der Initiative einen „Bauchfleck“ zu prophezeien. Als dann doch nicht ganz 400.000 Unterschriften geleistet worden sind, wollte man dies zunächst nicht so recht als Erfolg werten, obwohl das im November 2011 abgehaltene Bildungsvolksbegehren seit dem Pensions-Volksbegehren im Jahr 2004 das bei weitem erfolgreichste war. Auch die später eingeleiteten Volksbegehren ließ das Bildungsvolksbegehren ergebnismäßig weit hinter sich.

Für das Bildungsvolksbegehrens wurden 383.724 Unterschriften geleistet. Mit dieser Zahl liegt das Bildungsvolksbegehren über den bei den Nationalratswahlen im September 2013 von den beiden kleineren Parlamentsparteien erzielten Stimmenanteil und bei gut 40 Prozent der Stimmen, die die beiden Regierungsparteien auf sich vereinen konnten. Setzt man die Unterschriften für das Bildungsvolksbegehren und die bei den Nationalratswahlen abgegebenen Stimmen in Bezug zu den Wahlberechtigten, dann entfällt mit 26 Prozent der größte Anteil auf die Gruppe der Nichtwähler, während die drei größeren Parlamentsparteien jeweils deutlich unter 20 Prozent zu liegen kommen. In diesem Vergleichs-Konnex würde das Bildungsvolksbegehren mit seinen fast 400.000 Unterschriften die viertgrößte Fraktion im Parlament bilden.

Die parlamentarische Behandlung der Forderungen des Bildungsvolksbegehrens, die noch in die vorherige Legislaturperiode fiel, war sehr höflich und respektvoll. Es wurde ein eigener Ausschuss eingerichtet, in dem über die meisten der vom Bildungsvolksbegehren erhobenen Forderungen über alle Fraktionen hinweg Einhelligkeit erzielt werden konnte. Daher schien einer gemeinsamen Beschlussfassung im Parlament nichts mehr im Weg zu stehen. Vor der Plenumsitzung wurde allerdings mitgeteilt, dass dies realpolitisch leider doch nicht möglich sei, weil bestimmten Machtstrukturen außerhalb des Parlaments Rechnung getragen werden müsse. Daher setzten die frei gewählten und nur ihrem Gewissen verantwortlichen Abgeordneten die im Sonderausschuss erzielte bildungspolitische Übereinstimmung im Plenum nicht in die Tat um. Unter dieses Verdikt fielen auch jene bildungspolitischen Reformvorhaben, deren Umsetzung bereits im gültigen Koalitionspakt festgeschrieben worden waren. Die 34 ergebnislos verlaufenen Verhandlungen in Sachen Modernisierung des Lehrerdienstrechts waren ein weiterer trauriger Beleg für die an den Tag gelegte Blockadepolitik der Lehrgewerkschaft, aber auch des mutlosen Stillstands der Regierung.

Die Initiatoren und Proponenten des Bildungsvolksbegehrens haben dessen Forderungen in den Nationalratswahlkampf 2013 getragen. Dabei haben sie bei den Medien

erneut großen Widerhall und ebensolche Unterstützung gefunden. „Bildung“ wurde zu einem von allen wahlwerbenden Gruppierungen aufgegriffenen Slogan und Wahlkampfthema.

Die Koalition Neu hat angekündigt, ihre Regierungsverantwortung als echte Reformpartnerschaft wahrzunehmen. Ein Maßstab dafür wird sein, welche Modernisierungsschritte in welchem Tempo in der Bildungspolitik zu Wege gebracht werden. Den inzwischen von drei westlichen Bundesländern erhobenen Forderungen nach Einführung der Ganztagschule könnte dabei Schrittmacherfunktion zukommen.

Die Initiatoren und Proponen des Bildungsvolksbegehrens werden weiterhin ihre Stimmen in der Öffentlichkeit für ein zeitgemäßes, den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entsprechendes Bildungssystem erheben, dabei aber auch alle politischen Kräfte bei der Umsetzung der überfälligen Reformen nach Möglichkeit unterstützen.

Die einzelnen, den gesamten Bildungsbogen umfassenden Forderungen des Bildungsvolksbegehrens sind auf Grundlage aktueller bildungswissenschaftlicher Erkenntnisse und internationaler Erfahrungen ausgearbeitet worden. Die wichtigsten Punkte dabei sind:

Ein Kind lernt nie wieder so leicht wie in seinen ersten Lebensjahren. Dies gilt insbesondere für die altersadäquaten Sprachkenntnisse. Daran knüpft sich die Forderung nach der Bereitsstellung eines höchst qualitätsvollen, flächendeckenden und nach Bedarf ganztägigen Angebots an Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten, das bundeseinheitlich geregelt ist und dem EU-Standard entspricht.

Ein hervorragendes Bildungssystem benötigt bestausgebildete und hochmotivierte Pädagogen. Daher wird eine Gleichstellung der Pädagogen in den frühkindlichen Einrichtungen mit jenen an den Schulen gefordert, ebenso aber auch dieselbe gemeinsame universitär-akademische Ausbildung und dasselbe Bundesdienst- und Besoldungsrecht.

Der parteipolitische Proporz muss ein Ende finden und ist durch ein modernes, unbürokratisches Schulsystem zu ersetzen, in dem die einzelnen Schulen autonom sind, also die Gestaltungs- und Führungsverantwortung bei der Schulleitung liegt.

Bildung wird im bestehenden System gleichsam vererbt. Die AHS Unterstufe ist der Schultyp für die Kinder der Angestellten, Beamten und Selbständigen, also für die oberen und mittleren sozialen Schichten, die Hauptschule die Schule für die restliche soziale Hälfte der Bevölkerung. Höhere Bildung ist in Österreich nach wie vor Angelegenheit einer kleinen Gruppe von 15 bis 20 Prozent. Mit der Einführung der Neue Mittelschule sollte die Automatik dieser Zuteilung durchbrochen werden, allerdings ist deren Einführung so wie alles, was neu ist, mit Kinderkrankheiten verbunden. Übergeordnetes Ziel muss die Ausarbeitung eines Bildungssystems bleiben, das die Talente, Begabungen und Interessen der Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft so früh wie möglich feststellt und kontinuierlich fördert. Gleichzeitig

müssen Schwächen der Kinder und Jugendlichen durch spezifische Unterstützung bestmöglich ausgeglichen werden. Fordern und fördern muss Wirklichkeit werden.

Die gesellschaftliche Realität mit der zunehmenden Berufstätigkeit der Frau, immer mehr Alleinerziehern und der Ausgrenzung von Kindern aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien erfordert ein flächendeckendes Anbot an verschränkten Ganztagschulen. Nur in solchen Schulen ist genügend Zeit für täglichen Sport, mehr Musik-, naturwissenschaftlichen und künstlerischen Unterricht, für die Entwicklung handwerklicher Fähigkeiten, für den Erwerb rechtlicher und wirtschaftlicher Grundkenntnisse, weiters auch für Theateraufführungen und andere kreativitätsfördernde Projekte. Aber auch für das Wiederholen und Vertiefen von neuem Wissen. Derzeit wird dies weitgehend an die Eltern ausgelagert und verursacht sündteure Nachhilfekosten. Ganztagesbetreuung ist eine irreführende Mogelpackung. Sie ist lediglich die Fortsetzung der Halbtagschule mit all ihren antiquierten Unzulänglichkeiten. Verschränkte Ganztagschulen sollen zur Regelschule werden, was bedeutet, wer sie nicht in Anspruch nehmen will, kann sich zum Beispiel nach wie vor für eine Halbtagschule entscheiden.

Ganztagschulen erfordern auch die ganztägige Anwesenheit aller Lehrkräfte in den Schulen im Ausmaß von acht Stunden, wie dies in der Mehrzahl der OECD-Länder der Fall ist. Nur unter dieser Voraussetzung kann die neue Schule optimal arbeiten, kann die Vielfalt des Unterrichts gestaltet werden.

Die frühe Trennung der Kinder nach der Volksschule, die es überdies in Europa nur mehr in Österreich und Ungarn gibt, wird von sämtlichen Experten für einen großen Fehler gehalten. Zu denken muss auch geben, dass alle bisherigen PISA-Sieger gemeinsame Schulen bis zum 15. und 16. Lebensjahr haben. Studien haben gezeigt, dass die sozial-kulturelle Herkunft der Kinder für ihre Bildungskarriere eine umso größere Rolle spielt, je früher sie auf verschiedene Bildungswege aufgeteilt werden. Umgekehrt bedeutet dies, je länger Kinder gemeinsam lernen, desto geringer ist der Einfluss ihrer Herkunft auf ihren Bildungsaufstieg. Daher ist eine qualitätsvolle gemeinsame Schule ab dem 10. Lebensjahr bis zum Ende der Schulpflicht mit einer besonderen Begabtenförderung und durchgehender Unterstützung von Schülern mit einzelnen Leistungsschwächen eine *conditio sine qua non*.

Das berufliche Ansehen der Pädagogen muss in der Gesellschaft eine sorgsame Beachtung erfahren. Um dem gestellten hohen Anforderungsprofil auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen gerecht zu werden, ist daher notwendig, den Pädagogen eine wirksame Assistenz durch Administratoren, Deutsch- und Muttersprachenlehrer, Schulpsychologen, Sozialpädagogen und Sozialarbeitern zur Seite zu stellen. Solche Supportsysteme sind in vielen Ländern mit einem fortschrittlichen Bildungsprogramm längst üblich.

Bei der Umsetzung dieser Aufgaben könnte einem Bildungsrat analog zum Rat für Forschungs und Technologieentwicklung und dem Wissenschaftsrat eine wichtige Aufgabe zukommen. Das Gremium sollte die Bundesregierung, den Nationalrat und die Land-

tage in allen Fragen des österreichischen Bildungssystems und insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der Bildungsinstitutionen beraten. Der Bildungsrat soll mit Bezug auf europäische und internationale Entwicklungen das österreichische Bildungssystem beobachten und analysieren sowie Vorschläge für Reformen und deren Umsetzung ausarbeiten.

Die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner und damit unseres Landes wird eng daran geknüpft sein, ob es gelingen wird, die gerade im Bildungssektor gravierende Zukunftsvergessenheit zu beenden und überfällige Reformen, die zudem international vorexerziert werden, so rasch wie möglich umzusetzen. Um mit Goethe zu sprechen: Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns auch endlich Taten sehn!

Dr. Hannes Androsch, geb. 1938, ehemaliger Finanzminister, Vizekanzler und Generaldirektor der Creditanstalt Bankverein, ist Industrieller. Er ist wissenschafts-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch vielfältig engagiert, hat zahlreiche Publikationen verfasst, mehrere Ehrendoktorate in- und ausländischer Universitäten inne und gilt als Elder Statesman. Zuletzt von ihm erschienen: Das Ende der Bequemlichkeit. 7 Thesen zur Zukunft Österreichs // The End of Complacency. 7 Views on the Future of Austria. (Mehr Infos: www.androsch.com)

*Hinweis im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes: Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf eine durchgängige geschlechtsspezifische Differenzierung, wie z.B. Schüler/Innen, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.